



STANDPUNKT

Schweizer Städte im Klima der Zukunft

focus 3/19

Mai

Städte sind von einem zukünftigen Temperaturanstieg besonders stark betroffen. Der Grund ist das ganz eigene Mikroklima in Städten. Städte sind wahre Wärmeinseln, denn es fehlt an kühlender Vegetation und die bebauten Flächen erwärmen sich stark, speichern Wärme gut und geben sie vor allem in der Nacht wieder ab. Stadtzentren verzeichnen so an heissen Sommertagen bis zu 7°C höhere Nachttemperaturen als das nahe Umland. Zusätzlich verändern Gebäude in Städten die lokalen Windsysteme, welche die Städte «entlüften», und es fehlt deren kühlender Effekt.

Die neuen Klimaszenarien für die Schweiz CH2018 zeigen, dass in der Schweiz nicht nur die mittlere Temperatur, sondern auch die Anzahl und Intensität der Hitzewellen im Laufe des 21. Jahrhunderts stark zunehmen, falls die globalen Treibhausgasemissionen nicht bald stark reduziert werden. Hitzewellen stellen eine Gesundheitsgefahr dar, vor allem für sehr junge, ältere und kranke Personen. Keine andere Naturgefahr hat in den vergangenen Jahren in der Schweiz auch nur annähernd so viele Todesopfer gefordert wie sommerliche Hitzewellen. Überproportional betroffen ist die Bevölkerung in Städten. Gesundheitlich besonders bedenklich sind Tropennächte – also Nächte, in welchen die Temperatur nicht unter 20°C sinkt. Tropennächte sind heute in Schweizer Städten noch eher selten, werden aber in Zukunft stark zunehmen.

Daher müssen sich die Städte anpassen. Dies ist möglich durch planerische und bauliche Massnahmen. Man spricht oft von

der «weissen Stadt» (helle Oberflächen), der «grünen Stadt» (z.B. Pocket Parks), der «blauen Stadt» (offene Gewässer) und der «grauen Stadt» (Schattenflächen). Wichtig sind auch grössere freie Oberflächen oder Kaltluftschneisen, die eine bessere Belüftung erlauben. Diese Massnahmen bedingen eine langfristige und nachhaltige Planung.

Städte können auch wesentlich zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen beitragen. Energieeffizientes Bauen kann gefördert werden, die städtische Energieversorgung kann durch erneuerbare Quellen abgedeckt werden und eine Förderung des öffentlichen Verkehrs trägt zu einer Reduktion von Treibhausgasen im Verkehrssektor bei. Es existieren bereits Programme mit Vorbildcharakter. Viele Schweizer Städte haben sich zur 2000-Watt-Gesellschaft bekannt, und die Labels «European Energy Award Gold» respektive das Schweizer Label «Energistadt» sind immer weiter verbreitet. Wenn jedoch der globale Temperaturanstieg unter 1.5°C bleiben soll, sind weitere Anstrengungen gefordert.

Olivia Romppainen-Martius, Professorin für Klimafolgenforschung, Geographisches Institut der Universität Bern

Stefan Brönnimann, Professor für Klimatologie, Geographisches Institut der Universität Bern

Simon Scherrer, Fachverantwortlicher Klimaentwicklung, Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz

Liebe Leserin, lieber Leser

Die nächste Hitzewelle wird kommen. Besonders zu spüren sein wird sie auch in den Städten, die sich stärker erhitzen als das Umland. Schweizer Städte wappnen sich deshalb gegen die unangenehmen Folgen des Klimawandels und treffen Massnahmen zur Klimaanpassung. Zugleich stehen der Klimaschutz und der Weg in eine klimaneutrale Zukunft mittlerweile weit oben auf der politischen Agenda der Städte. So rief Basel im Februar als erste Schweizer Stadt den Klimanotstand aus. Genf, Wil, Yverdon-les-Bains und weitere Städte zogen seither nach oder beschlossen umfassende Massnahmenpakete.

Städte können beim Klimaschutz eine Schlüsselrolle einnehmen, sei dies bei der Mobilität, beim Wohnen oder bei der Siedlungsplanung. Die aktuelle Ausgabe des «focus» widmet sich der Klimapolitik von Schweizer Städten, deren Möglichkeiten und Grenzen.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Ein globales Problem, das auch lokale Lösungen braucht»


**Elisabeth Ackermann,
Regierungspräsidentin des Kantons
Basel-Stadt**

Elisabeth Ackermann ist seit 2017 Regierungsrätin des Kantons Basel-Stadt. Als Regierungspräsidentin und Vorsteherin des Präsidialdepartements fallen Aussenbeziehungen, Kultur, Kantons- und Stadtentwicklung, Gleichberechtigung und Statistik in ihren Aufgabenbereich. Vor ihrem Amtsantritt war Elisabeth Ackermann für die Grüne Partei im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt. Von 1983 bis 1988 studierte sie an der Hochschule für Musik in Basel und unterrichtete danach an verschiedenen Gymnasien. Elisabeth Ackermann ist verheiratet und Mutter zweier erwachsener Kinder.

In Folge der Klimastreiks hat Basel als erste Schweizer Stadt den Klimanotstand ausgerufen. Was heisst das?

Mit der Resolution zur Ausrufung des «Climate Emergency» anerkennt der Grosse Rat, dass wir ein Klimaproblem haben. Sie ist ein Zeichen dafür, dass sich die Politik noch mehr als bisher für den Klimaschutz einsetzen wird.

Welche Projekte verfolgt der Kanton Basel-Stadt denn konkret, um die Pariser Klimaziele zu erreichen?

Der Kanton Basel-Stadt hat eine langjährige Tradition der pionierhaften Energiepolitik. Beim Strom verfügt er über einen Anteil von 100 Prozent an erneuerbaren Energien. Bis 2027 soll der gesamte öffentliche Verkehr mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Mit dem revidierten Energiegesetz will der Kanton den CO₂-Ausstoss bis 2050 auf max. eine Tonne pro Einwohner/in und Jahr reduzieren. Auch Massnahmen im Bereich der nachhaltigen Mobilität tragen zu den Pariser Klimazielen bei. Deshalb fördert der Kanton den Fuss- und Veloverkehr, baut das Tramnetz aus und verfügt über einen Pendlerfonds, aus dem Park&Ride-Anlagen finanziert werden. Derzeit erarbeitet der Kanton eine E-Mobilitätsstrategie zur Förderung der Elektromobilität. Mit der IWB hat er bereits öffentliche Ladestationen installiert. Im Bereich Ernährung hat der Kanton ein Massnahmenpaket erarbeitet, welches eine regionale Lebensmittelversorgung stärkt, eine gesunde, faire und

umweltverträgliche Verpflegung fördert und möglichst Lebensmittelabfälle vermeidet.

Was unternimmt Basel, damit auch die Bevölkerung diese Projekte unterstützt?

Wer in Basel lebt, kennt die grosse Lebensqualität und ist deshalb auch bereit, sich an den Massnahmen des Kantons zu beteiligen, bzw. diese mitzutragen. Durch Förderabgaben kann der Kanton Private mit Beiträgen im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien finanziell unterstützen. Der Kanton informiert Verbände, Liegenschaftseigentümer, Mieter und Investoren über deren Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen des Energiegesetzes. Es gibt aber auch Aktionen, die die Bewohnerinnen und Bewohner Basels sensibilisieren sollen: Zum Beispiel können Interessierte auf klimaneutralen Solarbootfahrten auf dem Rhein fahren und alles rund um die kantonale Klimapolitik erfahren.

Neben dem Klimaschutz wird in den Städten die Klimaanpassung immer wichtiger. Auch in Basel?

Wie in vielen anderen Städten ist in Basel der Wärmeinseleffekt deutlich zu spüren. Deshalb führt der Kanton derzeit eine Klimaanalyse durch. Auf dieser Basis wird der Kanton Massnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas festlegen, so dass die Luftzirkulation und die Versorgung mit Grünflächen verbessert werden kann. Basel hat die Auszeichnung «Grünstadt Schweiz» für ein nachhaltiges Ma-

nagement der Grünräume und die Förderung der Biodiversität erhalten. Dank des Mehrwertabgabefonds mit einem im Schweizer Vergleich relativ hohen Abgabesatz kann Basel Grünräume aufwerten und neu schaffen.

Wo sehen Sie Grenzen des lokalpolitischen Engagements im Klimaschutz?

Der Klimawandel ist ein globales Problem, das aber auch auf lokaler Ebene gelöst werden muss. Deshalb ist es sinnvoll, auf lokaler Ebene möglichst alles zu tun, was machbar ist. Die Grenzen des lokalpolitischen Engagements sind dort, wo der Bund zuständig ist. Beispielsweise können wir in Basel keine abgasfreie Innenstadt beschliessen, weil in der Schweiz ein zugelassenes Fahrzeug auf allen Strassen verkehren darf. Hier sind wir auf Vorgaben des Bundes angewiesen. Dasselbe gilt für ein allfälliges Mobility Pricing.

Wie sieht Basel in 20 Jahren aus?

Bis 2039 werden solche Sommer wie im letzten Jahr zur Regel werden. Dank der vorausschauenden Politik werden wir in Basel stadtklimatische Aspekte bei allen Planungen berücksichtigt haben. Für eine nachhaltige Entwicklung braucht es das Engagement von Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und jedes Einzelnen. Gerade um den Energie- und Ressourcenverbrauch zu reduzieren, sind wir auf Innovationen und neue Konsummuster angewiesen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns das gelingen wird.

THEMA

Klimastreiks, Sommerhitze und Pariser Abkommen fordern Schweizer Städte

Trotz Hitze- und Trockensommer lehnte der Nationalrat Ende 2018 ein schon stark entschärftes CO₂-Gesetz nach langer Debatte ab. Die Konsternation war vielerorts gross: Wie sollte so die Schweiz ihren Verpflichtungen aus dem globalen Pariser Klimaabkommen nachkommen? Die Jugend antwortete überraschend und kreativ, bestreikte Schulen, besetzte Plätze in Städten und Gemeinden und machte klar: Wir alle sind jetzt gefordert.



**Daniel Lehmann
Pollheimer**

Schweizerischer Verband
Kommunale Infrastruktur,
Geschäftsstelle Klima-
Bündnis Schweiz

Das Thema Klima ist durch die Jugend- und Klimastreik-Bewegung in der Schweiz und international neu lanciert worden. Viele Städte und Gemeinden erklärten sich mit der Bewegung solidarisch und riefen den Klimanotstand aus. Ob mit oder ohne Klimanotstand: Schweizer Städte anerkennen ihre Verantwortung für die Klimaerwärmung und sind daran, ihre Energie- und Klimaziele auf die Zielsetzungen des Pariser Übereinkommens auszurichten.

«Zahlreiche Städte und Gemeinden haben sich in ihrer Gemeindeordnung ambitionierte Energie- und Klimaziele gesetzt.»

Zahlreiche Städte und Gemeinden haben sich bereits heute in ihrer Gemeindeordnung ambitionierte Energie- und Klimaziele im Sinne einer 2000-Watt- oder 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft gesetzt, diese mit kommunalen Ener-

gie- und Klimakzepten konkretisiert und in Massnahmenpläne umgesetzt, wie Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann im Interview für Basel exemplarisch ausführt. Dass diese Zielsetzungen durchaus wirksam sind, zeigt beispielsweise die Stadt Zürich: 2008 schrieb sie in der Gemeindeordnung fest, bis 2050 den Energieverbrauch pro Kopf auf 2500 Watt und die CO₂-Emissionen auf eine Tonne pro Kopf und Jahr zu senken. Zehn Jahre später konnte eine Reduktion beim Energieverbrauch von rund 1000 Watt auf noch 3900 Watt und bei der CO₂-Emission um 1,5 Tonnen auf 4,7 Tonnen bilanziert werden. Mitte Mai beschloss die Stadt einen weiteren Schritt: Der Gemeinderat beauftragte die Stadtregierung eine Vorlage vorzubereiten, die aufzeigt, wie der jährliche CO₂-Ausstoss der Stadt bis 2030 auf null reduziert werden soll. Der Stadtrat will nun ein Szenario «Null Tonnen CO₂» entwickeln.

Das Übereinkommen von Paris hat zum Ziel, die durchschnittliche globale Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen weltweit zwischen 2045 und 2060 auf Null reduziert werden. Gerechnet wird dabei mit einem Kon-

zept «Netto-Null», bei dem auch CO₂-Senken wie Wälder angerechnet werden können. Dennoch bedeutet dies faktisch den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wie Kohle, Gas oder Erdöl für Mobilität, Wärme und Stromerzeugung.

«Städte und Gemeinden sind angewiesen auf gute rechtliche Rahmenbedingungen, beispielsweise zum Ausbau von thermischen Netzen.»

Vor diesem Hintergrund verschärfen sich die Anforderungen an städtische und kommunale Energie- und Klimaziele, so ambitioniert sie bisher auch waren. Der nötige Ausstieg aus der Nutzung von Erdgas zur Wärmeversorgung bis 2050 erfordert von vielen Städten und Gemeinden als Eigner von lokalen Gasversorgungsunternehmen ein rasches und sorgfältiges Überdenken allfälliger Netzerweiterungen und eine langfristige Ausstiegsplanung. Gerade die praktisch vollständige Umstellung auf eine erneuerbare Wärmeversorgung bis 2050 ist eine grosse Herausforderung. Städte und Gemeinden sind dabei angewiesen auf gute rechtliche Rahmenbedingungen, beispielsweise zum Ausbau von thermischen Netzen für Wärme- und Kälteversorgung. Und sie vertrauen darauf, dass das Eidgenössische Parlament sie nun mit einer wirksamen nationalen Gesetzgebung im Rahmen der CO₂-Gesetz-Revision unterstützt.

www.kommunale-infrastruktur.ch

www.staedteverband.ch

Schweizer Städte und Gemeinden arbeiten beim Klimaschutz im Netzwerk, national und international.

Europäisches Klima-Bündnis

Das europäische Klima-Bündnis (Climate Alliance) wurde 1990 von einigen Gemeinden aus der Schweiz, Deutschland und Österreich gegründet mit dem Ziel, gemeinsam die sich abzeichnende Klimaerwärmung zu bekämpfen. Es ist ein doppeltes Bündnis: einerseits zwischen europäischen Gemeinden aller Grössen (vom Dorf bis zur Millionenstadt) und andererseits mit den indigenen Völkern des

Amazonasbeckens. Heute engagieren sich 1700 Gemeinden in 26 europäischen Staaten gemeinsam für den Klimaschutz.

www.klimabuendnis.org

Klima-Bündnis Schweiz

Seit 1995 treffen sich auch die Schweizer Mitglieder des Europäischen Klima-Bündnis drei Mal jährlich zum Erfahrungsaustausch zwischen Fachverantwortlichen für Klima-, Energie- und Umweltfragen. Bei Bedarf werden gemeinsame Projekte bearbeitet wie die CO₂-Buchhaltung, das Positionspapier Elektromobilität oder mit Partnern das Projekt «Suffizienz in Gemeinden». Das

Klima-Bündnis Schweiz umfasst heute 18 Mitglieder, die mit gut 1,2 Mio. Einwohnenden rund 15 Prozent der Schweizer Bevölkerung repräsentieren.

Das globale Klimaschutzübereinkommen von Paris erfordert starke lokale Unterstützung. Das Klima-Bündnis lädt weitere Gemeinden und Städte ein, zur Stärkung der gemeinsamen Stimme von Städten und Gemeinden eine Mitgliedschaft beim Klima-Bündnis zu prüfen und/oder die beiden Jahresveranstaltungen in der Deutsch- und Westschweiz im Spätherbst zu besuchen.

www.klimabuendnis.ch

POLITIK

Ausblick auf die Sommersession

In der Sondersession im Mai hat der Nationalrat die Änderung des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich behandelt. Der Städteverband stellt sich ebenfalls hinter den Kompromissvorschlag der Kantone, der einerseits zur Versachlichung des Ressourcenausgleichs beiträgt und andererseits dazu führt, dass die soziodemografischen Lasten gerechter abgegolten werden. Mit der vorgesehenen Verwendung der frei werdenden Bundesmittel wird der Finanzausgleich optimiert: Indem die Hälfte dieser Mittel zugunsten der ressourcenschwachen Kantone verwendet werden, wird der Systemwechsel auch für diese tragbar. Die Vorlage geht nun mit einer geringfügigen Differenz zurück an den Ständerat.

Städte gegen Tempo-30-Blockade

Der Städteverband ist erfreut, dass die Verkehrskommission des Ständerats die Parlamentarische Initiative Rutz «Den Verkehrsfluss auf Hauptverkehrsachsen nicht verunmöglichen» Anfang April erneut abgelehnt hat. Der Vorstoss, der Tempo 30 auf Hauptverkehrsstrassen nur noch aus Sicherheitsgründen zulassen will, würde die Gemeindeautonomie einschränken und ein effizientes Instrument für den Lärmschutz und zur Verstetigung des Verkehrs verbieten. Der Städteverband zählt nun darauf, dass das Plenum der kleinen Kammer in der Sommersession gleich entscheiden wird.

Für familienfreundliche Politik

Lassen Eltern ihre Kinder extern betreuen, sollen sie künftig bei der direkten Bundessteuer bis zu 25 000 Franken abziehen können. Heute sind es 10 100 Franken. Der Nationalrat hat dem höheren Abzug für die Kinderbetreuung in der Wintersession deutlich zugestimmt. Nun ist der Ständerat am Zug. Der Nationalrat wird sich seinerseits zu einem Postulat seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur äussern, die den Bundesrat beauftragen will, eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der Frühen Förderung zu erarbeiten. Ebenfalls zur Diskussion steht die Vaterschaftsurlaubsinitiative, wo der Städteverband den indirekten Gegenvorschlag befürwortet. Das Volksbegehren schlägt einen Vaterschaftsurlaub von vier Wochen vor, der Gegenvorschlag möchte zwei Wochen gewähren.

Bundesbeiträge für Schiene und Strasse

Der Nationalrat berät den Bahnausbau schritt 2035, dessen Kosten sich durch die von seiner Kommission vorgeschlagenen Aufnahme der Infrastrukturprojekte an den Bahnhöfen Winterthur Grüze Nord und Thun Nord mittlerweile auf 12,8 Milliarden belaufen. Der Ständerat behandelt die Verpflichtungskredite für die Bundesbeiträge aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Die ständerätliche Verkehrskommission spricht sich für den Ausbau aus, beantragt ihrem Rat

jedoch, die kurzfristig vom Nationalrat aufgenommenen Projekte aufgrund ihrer fehlenden Reife aus der Vorlage zu streichen. Zudem beurteilt sie den Prozess zur Auswahl der Agglomerationsprojekte als richtig und nachhaltig. Wie der Nationalrat spricht sie sich dagegen aus, Projektverzögerungen in der Vergangenheit negativ zu werten.

Zivildienst nicht schlechter stellen

Der Ständerat befindet über die Änderung des Zivildienstgesetzes, die mehrere Massnahmen vorsieht, um den Zugang zum Zivildienst zu erschweren. So etwa eine längere Dienstleistepflicht für Personen, die nach einer absolvierten «RS» in den Zivildienst wechseln. Der Städteverband anerkennt das Anliegen der Armee, genügend Soldaten zur Verfügung zu haben. Er empfiehlt aber eine Gesamtreform anstelle alleiniger Massnahmen beim Zivildienst. Zivildienstleistende erbringen gerade auch im Sozialwesen der Städte wichtige Leistungen.

Änderungen beim Urheberrechtsgesetz

Nach der Rückweisung des Geschäfts in der Frühjahrsession wird sich der Ständerat erneut mit der Änderung des Urheberrechtsgesetzes beschäftigen. Für Städte und Gemeinden steht im Vordergrund, dass die Bibliotheken nicht mit zusätzlichen Abgaben belastet werden. Vielmehr soll der Status quo im Gesetz verankert werden.

Vernehmlassungen

Sachplan Fruchtfolgeflächen: Kommunale Aufwendungen entschädigen

Im Rahmen der Anhörung zum überarbeiteten Sachplan Fruchtfolgeflächen (SP FFF) begrüsst der Städteverband die Bemühungen, den Kulturlandschutz mit standardisierten Bodeninformationen effektiver umzusetzen und flexibler auszugestalten. Er weist jedoch auf die damit verbundenen Kosten hin und fordert eine entsprechende Entschädigung der kommunalen Aufwendungen durch Bund und Kantone.

Die Idee des kantonalen Ausgleichsfonds, in den beim Verbrauch von Fruchtfolgeflächen flächenabhängige Entschädigungen einbezahlt werden können, wird grundsätzlich begrüsst, allerdings müssen

zwingend auch kommunale Vorhaben kompensiert werden können. Bund und Kantone sollen Städte und Gemeinden bei der Durchführung von Kompensationen unterstützen.

Der Städteverband richtet einen besonderen Appell an die Kantone, mit ihren Städten und Gemeinden zusammenzuarbeiten und sie rechtzeitig über ihre Vorkehrungen im Zusammenhang mit dem SP FFF zu informieren.

Städteverband begrüsst Digitalisierungsschritte beim öffentlichen Verkehr

Der Städteverband begrüsst Digitalisierungsschritte, welche die Bildung von Transportketten aus verschiedenen Verkehrsmitteln vereinfachen. Er steht dem Ziel des Bundesrats grundsätzlich positiv gegenüber,

die Datengrundlagen der Mobilitätsangebote als öffentliche Infrastruktur zu behandeln, die von allen dazu zugelassenen Anbietern gleichermassen alimentiert und benützt werden kann.

Zur Vernehmlassungsvorlage «Multimodale Mobilitätsdienstleistungen» hat er aber zwei Vorbehalte angebracht: Erstens sollen für alle Anbieter und Plattformen, die auf Daten zugreifen, dieselben Rechte und Pflichten gelten. Zweitens soll der Bund aufzeigen, wie er sich die weiteren Etappen vorstellt.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Nach Ja zur STAF: Städte erwarten faire Lastenverteilung

Mit dem erfreulichen Ja der Stimmbevölkerung zur Steuerreform und AHV-Finanzierung STAF ist der Weg nun frei für die Umsetzung der dringend notwendigen Unternehmenssteuerreform. Wie diese konkret ausgestaltet wird, hängt weitgehend von den kantonalen Vorlagen ab. Der Schweizerische Städteverband und die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD fordern die Kantone auf, die in der STAF verankerte Gemeindeklausel umzusetzen und die kommunale Ebene angemessen an den Ausgleichsmassnahmen des Bundes zu beteiligen. Die Aufnahme einer klar formulierten Gemeindeklausel in die Neuauflage der Unternehmenssteuerreform war ein wesentlicher Grund für die Zustimmung der Städte zur STAF.

Ebenso begrüsst der Städteverband das Ja zur Verschärfung des Waffengesetzes. Damit können die Änderungen des europäischen Waffenrechts übernommen werden, welche den gegenwärtigen Bedrohungen beim Schutz der Bevölkerung vor Waffenmissbrauch besser Rechnung tragen. Mit dem Ja zur EU-Waffenrichtlinie konnte ein Ausscheiden aus dem Verbund der Schengen-/Dublin-Staaten verhindert werden, wovon auch der Tourismus in der Schweiz und die Wirtschaft als Ganzes massgeblich profitieren.

www.staedteverband.ch

Städteverband beurteilt institutionelles Abkommen weitgehend positiv

Der Vorstand des Städteverbandes beurteilt das institutionelle Abkommen zwischen der Schweiz und der EU weitgehend positiv. Insbesondere die institutionellen Mechanismen bilden eine zukunftsfähige Grundlage für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen mit der EU. Ungenügend ist für den SSV-Vorstand das Verhandlungsergebnis im Bereich der flankierenden Massnahmen und der Unionsbürgerrichtlinie. Bei den staatlichen Beihilfen erwartet er, dass der Bundesrat die Regelungen so ausgestaltet, dass die Aktivitäten von Städten und Gemeinden sowie ihren Betrieben und Institutionen nicht eingeschränkt werden.

www.staedteverband.ch

Statistik der Schweizer Städte 2019: Hohes Bildungsniveau in den Städten

In den Schweizer Städten leben immer mehr Personen mit einem höheren Berufsbildungs- oder Hochschulabschluss. In den Grossstädten besitzen mittlerweile zwei von fünf Personen einen Abschluss auf höchster Bildungsstufe (41,3%), wie die «Statistik der Schweizer Städte 2019» des Städteverbandes und des Bundesamtes für Statistik BFS mit einem diesjährigen Schwerpunkt zur Bildung zeigt. Insgesamt liegt der Anteil der Tertiärabschlüsse in den im Jahrbuch verzeichneten 172 Städten und städtischen Gemeinden mit 32,1% über dem Schweizer Durchschnitt von 28,6%. Weiter liefert die Städtestatistik unter anderem Daten zur städtischen Politik. Dabei wird deutlich: Im Vergleich zum nationalen Wahljahr 2015 blieben die Sitzverhältnisse in den städtischen Parlamenten relativ stabil. Am stärksten zulegen konnten die Grünen (+0,5%) und die FDP (+0,3%). Mit einem Sitzanteil von 24,5% ist die FDP 2018 in den Stadtparlamenten nach wie vor am stärksten vertreten, gefolgt von der SP mit 22,6%.

www.staedteverband.ch

«Zukunft öffentlicher Raum»: SSV-Info für Mitglieder des Städteverbandes

Der öffentliche Raum trägt wesentlich zur Lebensqualität einer Stadt bei. Verschiedene Entwicklungen lösen zugleich Nutzungskonflikte aus, die die Städte vor Herausforderungen stellen. Welche Veränderungen sind in Zukunft zu erwarten und wie sollen die urbanen Gebiete darauf reagieren? Das Gottlieb Duttweiler Institut GDI hat im Auftrag des Zentrums Öffentlicher Raum ZORA einen Blick in die Zukunft geworfen und präsentiert in der Studie «Future Public Space» fünf Hypothesen, die den öffentlichen Raum in Zukunft deutlich prägen dürften. Im Rahmen eines SSV-Info sollen die Resultate der Studie und entsprechende Lösungsansätze insbesondere kleineren Städten und Agglomerationsgemeinden zugänglich gemacht werden. Beispiele aus der Praxis zeigen, welche Handlungsmöglichkeiten und Projekte sich bereits bewähren. Die kostenlose Veranstaltung richtet sich exklusiv an die Mitglieder des Städteverbandes. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

Ausschreibung Modellvorhaben

Für den Umgang mit den wachsenden Ansprüchen an die Räume sind innovative Ideen sowie Formen der Zusammenarbeit gesucht. Der Bund unterstützt im Rahmen der Modellvorhaben auch Projekte auf Quartierebene. Projektanträge können bis am 2. September 2019 eingereicht werden.

www.modellvorhaben.ch

Tagung zu Alltags- und Freizeitlärm

Die Vereinigung für Umweltrecht (VUR) widmet sich an ihrer Jahrestagung vom 19. Juni der Frage nach dem Umgang mit dem Alltags- und Freizeitlärm. Die Veranstaltung bietet Gelegenheit, sich über die aktuelle Rechtsprechung, vorbeugende Instrumente zur Lärmbegrenzung, Immissionsschutzreglemente oder über die neue Vollzugshilfe des Cercle Bruit «Ermittlung und Beurteilung des Lärms von öffentlichen Lokalen» zu informieren.

www.vur-ade.ch

Familienzentren als Anlaufstelle

Familienzentren werden als Orte der Begegnung geschätzt. Sie erhalten zunehmend eine Bedeutung als Dreh- und Angelpunkt der Angebote in der Frühen Kindheit. Das Netzwerk Bildung und Familie und der Fachbereich Familien der Sicherheitsdirektion Basel-Landschaft organisieren am 14. Juni an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) in Olten eine Tagung zum Thema «Familienzentren – Entwicklungsmöglichkeiten als kompetente Anlaufstellen in den Gemeinden».

www.bildungundfamilie.ch

SuchtAkademie 2019

Die Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik NAS-CPA führt am 19. und 20. September in Ascona die SuchtAkademie durch – ein Forum für Ideen und Wissensaustausch, das zukünftige Herausforderungen und Fragen der Schweizer Suchtpolitik zum Thema macht. Am Anlass wird unter dem Titel «Human Enhancement» das Thema Sucht in der Welt des selbstoptimierten Menschen betrachtet.

www.suchtakademie.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 2. Juli 2019** **SSV-Info «Zukunft öffentlicher Raum»** in Bern
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, julia.imfeld@staedteverband.ch
- 5./6. September 2019** **Städtetag 2019 «Innenstädte unter Druck»** in Chur
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 29. Oktober 2019** **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 5. November 2019** **Tagung «Nachhaltige Ernährung in Städten und Gemeinden»** in Zürich
Information: Barbara Brechbühl, Telefon 031 356 32 32, barbara.brechbuehl@staedteverband.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 3. Juni 2019** **Mitgliederversammlung und Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität «Wie weiter mit der Veloinfrastruktur?»** in Bern
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch
- 26. Juni 2019** **Generalversammlung Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur SVKI** in Genf
Information: Stephanie Glutz, Telefon 031 356 32 42, stephanie.glutz@kommunale-infrastruktur.ch
- 13. September 2019** **Doppelkonferenz SI Sozialpolitik und SI Bildung «Städte für eine Politik der frühen Kindheit»** in Winterthur / Information: info@staedteinitiative.ch
- 13. September 2019** **Fachveranstaltung KSFD «Investitionen»** in Bern
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, karin.christen.@staedteverband.ch
- 26. September 2019** **Save-the-date – 17. Kongress zur urbanen Sicherheit KSSD/SVSP/SKP** in Bern
Information: Christoph Lienhard, Telefon 044 411 70 30, info@kssd.ch

Weitere Organisationen

- 18. Juni 2019** **Swiss Governance Forum – Regieren in der Schweiz** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.kpm.unibe.ch
- 19. Juni 2019** **VUR-Tagung «Alltags- und Freizeitlärm – Ein juristischer und gesellschaftlicher Brennpunkt»** in Solothurn / Information: www.vur-ade.ch
- 27. Juni 2019** **Fachtagung «Seniorenfreundliche Zugänge zum Mietwohnungsmarkt»** in Zürich (Patronat: SSV)
Information: www.swissrei.ch
- 3. Juli 2019** **10. Schweizer Fachtagung «Erscheinungsformen von Jugendgewalt – Hintergründe und Präventionsmöglichkeiten»** in Zürich / Information: www.sifg.ch
- 12. September 2019** **VSS-Fachtagung «Reise- und Fernbusmanagement in Städten»** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.vss.ch
- 16. - 19. September 2019** **Schweizer Mobilitätsarena** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.mobilitaetsarena.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Karin Christen, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Paul Schneeberger, Martin Tschirren;
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Foto Seite 2: zvg.
Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch